

# Die Woche im Bundestag



## Was ist neu im Jahr 2020

# 2020

Die Auswirkungen der ersten Gesetzze spüren Verbraucher bereits zum Jahresbeginn. Etwa bei den günstigeren Preisen für Fernfahrten mit dem Zug oder bei der steuerlichen Förderung für klimagerechte Gebäudesanierung.

Außerdem können sich Rentner erneut über mehr Geld freuen. Zum 1. Juli 2020 erhöht sich die Rente in Westdeutschland um 3,15 Prozent, in Ostdeutschland um 3,92 Prozent. Parallel dazu werden schon seit dem 1. Januar Millionen Betriebsrentner finanziell entlastet. Dazu ist ein Freibetrag in Höhe von 159,25 Euro pro Monat eingeführt worden. Für alle Betriebsrenten bis zu dieser Summe entfallen die Krankenkassenbeiträge komplett. Bezieher höherer Betriebsrenten zahlen den Kassenbeitrag dann nur für die Summen oberhalb des Freibetrags.

Neue Regel gelten seit Jahresbeginn auch für Azubis: Sie bekommen monatlich mindestens 515 Euro im ersten Ausbildungsjahr. Bis 2023 soll der Mindestlohn für Azubis schrittweise auf 620 Euro monatlich angehoben werden. Davon sollen vor allem Auszubildende profitieren, die außerhalb von Tarifverträgen und in Betrieben mit sehr geringer Vergütung beschäftigt sind. Auch Eltern, deren Kinder noch nicht in der Ausbildung sind profitieren 2020. Das betrifft in erster Linie Familien mit geringen Einkommen. Sie werden u.a. mit höheren Kinder- und Grundfreibeträgen entlastet. So steigt der Kinderfreibetrag um 192 Euro auf 7812 Euro, der Grundfreibetrag um 240 Euro auf 9408 Euro.

## Organspende weiter nur mit Zustimmung

In Deutschland entscheidet jeder Bürger weiter selbst, ob er sich nach seinem Tod als Organspender zur Verfügung stellt. Der Bundestag beschloss mit deutlicher



Mehrheit die Zustimmungslösung, die auf zusätzliche Information und bessere Aufklärung setzt. Grundsätzlich bleibt es dabei: Wie bisher können Bürger künftig freiwillig ihre Bereitschaft zur Organspende erklären. Den Gesetzentwurf zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende, den eine interfraktionelle Gruppe eingebracht hatte, sieht allerdings eine Weiterentwicklung der bestehenden Rechtslage vor: Bürger sollen nun bei Arztbesuchen, Ausweisverlängerungen und anderen Behörden gängen um eine Entscheidung zur Organspende gebeten werden. Diese Entscheidung wird in einem bundesweiten Online-Register dokumentiert. Sie kann jederzeit widerrufen werden.

Die doppelte Widerspruchslösung wäre hingegen eine grundlegende Neuerung gewesen. Für sie hatte eine andere fraktionsübergreifende Gruppe geworben. Sie sah vor, dass jeder Bürger ab dem 16. Lebensjahr als potenzieller Spender gegolten hätte, wenn er seinen Widerspruch nicht vor seinem Tod hätte registrieren lassen. Ärzte hätten die Organe des Toten dann entnehmen dürfen, wenn auch den Angehörigen kein entgegenstehender Wille bekannt gewesen wäre.

## Rettung der Stasi-Akten dank mutiger Bürgerrechtler



Am 15. Januar 1990 folgten tausende mutige Menschen dem Aufruf des Neuen Forums zur De-

monstration vor der Stasi-Zentrale in Berlin, in der auch Erich Mielke, der letzte Minister für Staatssicherheit, seinen Sitz hatte. „Die Rettung der Stasi-Akten vor 30 Jahren ist Verdienst mutiger Bürgerrechtler. Die Akten müssen als Gedächtnis unserer Nation dauerhaft gesichert werden“, findet die **kultur- und medienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Motschmann**.

„Die Bilder von der spontanen Erstürmung der Stasi-Zentrale bewegen uns bis heute. Sie sind zum Symbol für die Rettung der Stasi-Akten geworden. Der Bürgerrechtsbewegung ist es zu verdanken, dass diese Akten in einem historisch einzigartigen Prozess den Betroffenen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnten. All diesen mutigen Menschen sind wir zu Dank verpflichtet.

Anhand der Akten wurde das ganze Ausmaß der Willkür und

Überwachung in der DDR-Diktatur deutlich. Mit über 280.000 Mitarbeitern war die Staatssicherheit - gemessen an der Bevölkerungszahl - der größte geheime Sicherheitsapparat der Welt. 111 Kilometer an Stasi-Akten geben heute in der Gedenkstätte Normannenstraße Zeugnis von Bespitzelung, Verfolgung und Zersetzung. Die Gedenkstätte soll weiterhin zu einem wichtigen Lern- und Erinnerungsort ausgebaut werden.

Die Stasi-Akten gehören zu unserem nationalen Gedächtnis. Sie sind Fundament für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Durch die Zusammenführung von Stasi-Unterlagenarchiv und Bundesarchiv wollen wir dieses Gedächtnis für immer erhalten und zugänglich machen. Über 3,2 Millionen Anträge auf Akteneinsicht wurden in den letzten 30 Jahren gestellt. Monatlich sind es derzeit immer noch über 4.000 Anträge. Die Aufarbeitung unserer jüngeren deutschen Geschichte bewegt nach wie vor viele Menschen.

Viele Opfer leiden bis heute unter den Folgen der SED-Diktatur. Ihnen wollen wir mit dem Amt eines Bundesbeauftragten eine öffentliche Stimme geben. Es fehlt bislang an einem nationalen Gedenkort für die Opfer von Kommunismus; in vielen anderen ehemals kommunistischen Staaten hingegen wird bereits der Opfer der Staatsverbrechen öffentlich würdig gedacht. Daher haben wir im Bundestagsbeschluss vom 13. Dezember 2019 eine Konzeption für ein Mahnmal für die Opfer von Kommunismus gefordert.“

## Bioökonomie sichert Zukunft

„Mit pflanzlichen Rohstoffen vom Acker, von der Wiese oder aus dem Wald können wir heute schon viele Alltagsprodukte auf Erdölbasis ersetzen. Das gilt beispielsweise für Autoreifen, deren Naturkautschuk nicht mehr aus dem Regenwald, sondern aus dem heimischen ‚Russischen Löwenzahn‘ gewonnen werden kann. Auf diese Weise schützen wir das Klima und vermindern die Flächenkonkurrenz, denn dieses Kraut lässt sich hierzulande gerade auf solchen Flächen anbauen, die für den Ackerbau ungeeignet sind. Diese Chancen müssen wir konsequent nutzen. Denn damit sichern wir gerade in ländlichen Regionen Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze. Die Nationale Bioökonomiestrategie gibt aber auch dem Bauen mit Holz neuen Schub. Wir müssen jetzt endlich gemeinsam mit den Ländern die Bauordnungen modernisieren, um Innovationsbremsen beim Bauen mit Holz lösen. Darüber hinaus brauchen wir die Neuen Züchtungstechnologien wie Crispr/CAS9, um ressourcenschonenden, Klimastress toleranten Ackerbau der Zukunft zu betreiben. Denn

nur mit neuen Technologien wird es uns gelingen, das globale Nachhaltigkeitsziel 2 der Vereinten Nationen ‚Hunger bekämpfen‘ zu erreichen“, erklärte der **agrarpoliti-**

**sche Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Albert Stegemann**, anlässlich der durch das Bundeskabinett beschlossenen Nationalen Bioökonomiestrategie.



## Netzwerkdurchsetzungsgesetz weiterentwickeln



„In unserem Positionspapier hatten wir bereits im November 2019 eine Reihe von Forderungen zur Fortentwicklung des NetzDG aufgestellt. Dazu zählt, dass wir uns gegen eine Klarnamenpflicht ausgesprochen haben. Wir setzen

stattdessen auf Anreize durch die sozialen Netzwerke zur Verwendung von Klarnamen. Auf diese Weise kann in der Praxis der Ermittlungsaufwand sowie der Umfang der Datenherausgabe durch die Diensteanbieter erheblich verringert werden. Wir werden im weiteren Verfahren einige Ergänzungsvorschläge zum Entwurf vorlegen.

Insgesamt bildet der vorliegende Entwurf die bisherigen Ergebnisse der Debatte zum NetzDG noch lückenhaft ab. Dennoch bietet der Gesetzentwurf gute Ansätze beim Kampf gegen Hass und Hetze im Netz. Ob die Regelungsvorschläge praxistauglich sind, werden wir nun intensiv prüfen“, erklärte der für digitale Themen der Rechtspolitik zuständige **Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Carsten Müller**, anlässlich der Veröffentlichung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) durch das Bundesjustizministerium.

Bislang wissen Nutzer sozialer Netzwerke oft nicht, wie sie rechtswidrige Inhalte an den Betreiber des sozialen Netzwerks melden können. Deshalb sollen Meldewege künftig nutzerfreundlicher ausgestaltet werden. Verbesserte Meldewege und die Möglichkeit der privaten Schlichtung werden mit der Einführung eines sogenannten Gegenvorstellungsverfahrens sinnvoll ergänzt. Mit dem Ziel, Meinungsfreiheit umfassend zu gewährleisten, muss den Nutzern immer auch eine Möglichkeit eröffnet werden, sich gegen die Entscheidung des Plattformbetreibers zu wehren.

## Respekt und Anerkennung für versehrte Soldaten



„Dass Deutschland 2022 die paralympischen Sportspiele für im Einsatz versehrte Soldaten ausrichtet ist ein wichtiges Signal. Damit erweisen wir denen Respekt, die im Einsatz für unser Land körperliche oder seelische Verletzungen davongetragen haben. Gleichmaßen bieten die Invictus Games die Chance, unseren Soldaten die verdiente gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Deshalb hatten wir zusammen mit unserem Koalitionspartner einen Antrag eingebracht, die Invictus Games als ein deutliches Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung nach Deutschland zu holen. Schließlich gebührt all denen, die unter Einsatz ihres Lebens für Frieden und Freiheit kämpfen,

eine besondere Würdigung“, erklärte der **verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Henning Otte**, anlässlich der Entscheidung, die Invictus Games 2022 in Düsseldorf auszutragen.

Die Invictus Games sind das Sportereignis für versehrte Soldatinnen und Soldaten und wurden

2014 erstmals in London ausgetragen. den sportlichen Wettkämpfen geht es bei den Invictus Games auch darum, die Lebenssituation versehrter Soldaten in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und ihnen damit eine stärkere Anerkennung teilwerden zu lassen. Bei den letzten Spielen 2018 in Sydney nahmen insgesamt 500 Soldaten aus 18 Ländern teil – 20 davon aus Deutschland.



## Investitionen auf die Straße bringen



Trotz der sich abschwächenden Konjunktur hat der Bund im vergangenen Jahr einen Rekordüberschuss von 13,5 Mrd. Euro erzielt. Zum dritten Mal seit 2015 weist der Bund damit ein Haushaltsjahr mit

zweistelligem Überschuss aus. Dieser erklärt sich durch die niedrigen Zinsausgaben und die guten Steuereinnahmen durch die erfreulich hohe Beschäftigung. Mit diesem Geld müssen Investitionen auf die Straße gebracht werden. Benötigt werden auch Mittel für Verteidigung und Europa. Außerdem fordern wir eine Unternehmenssteuerreform, um Betriebe wettbewerbsfähig zu machen. Des Weiteren sollten wir den vollständigen Abbau des Solidaritätszuschlags ab 2022 in Angriff nehmen. Forderungen nach neuen Steuern und neuen Verteilungsprogrammen lehnen wir ab.

## Die Woche im Parlament

**Gesetz zur Regelung der doppelten Widerspruchslösung im Transplantationsgesetz und Gesetz zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende.** In 2./3. Lesung beschlossen wir eine neue gesetzliche Grundlage zur Regelung der Organspende im Transplantationsgesetz. Im Zentrum steht die Absicht, die Zahl der Organspenden zu erhöhen und so den Widerspruch zwischen der hohen bekundeten Spendebereitschaft in der Bevölkerung und der faktisch niedrigen Zahl an Organspenden aufzulösen. Wir debattierten die beiden Gesetzesentwürfe als Gruppenanträge.

**Agrarpolitische Bericht der Bundesregierung 2019.** Dieser Bericht dokumentiert die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in den vergangenen vier Wirtschaftsjahren. Demnach erwirtschafteten 4,7 Mio. Menschen eine Bruttowertschöpfung von rund 194 Mrd. Euro, das entspricht rund 6,6 Prozent der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche. Etwa jeder neunte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt mit der Land- und Ernährungswirtschaft zusammen. Der Bericht weist auf aktuelle Herausforderungen in der Landwirtschaft wie den Strukturwandel und Schwankungen in Marktpreisen und Erzeugungsmengen hin. Zudem werden agrarpolitische Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung aufgeführt.

**Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßenverkehr.** Wir forderten die Bundesregierung dazu auf, die „Vision Null“, also das Ziel einer vollständigen Vermeidung von Verkehrstoten als Leitgedanken in die Straßenverkehrsordnung (StVO) aufzunehmen. Hierzu sollen etwa solche verkehrspolitische Maßnahmen durchgesetzt werden, die wie etwa geschützte Radfahrstreifen oder Parkverbotszonen im Kreuzungsbereich

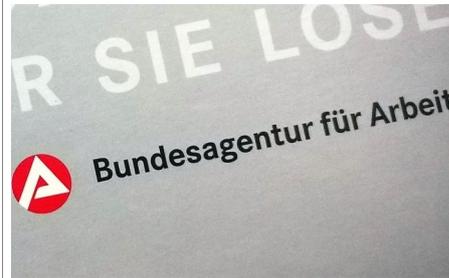
Risiken für Radfahrer verringern. Außerdem soll die Bundesregierung prüfen, wie die hohe Zahl von Rechtsabbiege-Unfällen von Kraftfahrzeugen unter 3,5t mit Fahrrädern reduziert werden kann. Aus unserer Sicht soll es Kommunen mit Blick auf den



Schutz von Radfahrern erleichtert werden, innerorts die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 km/h für ganze Straßen unabhängig von besonderen Gefahrensituationen anzuordnen. Des Weiteren sieht der Antrag Anpassungen im Bußgeldkatalog bei Verstößen auch und gerade von Radfahrern gegen die StVO vor.

## Daten und Fakten

**Anstieg der Erwerbstätigkeit setzt sich fort.** Im Jahresdurchschnitt 2019 waren rund 45,3 Mio. Personen in Deutschland erwerbstätig. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2019 um 402.000 Personen oder um 0,9% höher als im Vor-



jahr. Damit setzte sich der nun seit 14 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit weiter fort. Allerdings ist die Dynamik leicht abgeschwächt, im Jahr

2018 hatte die Zuwachsrate noch 1,4% betragen. Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte überwogen die Effekte des demografischen Wandels. Somit wurde im Jahr 2019 die höchste Erwerbstätigenzahl seit der Wiedervereinigung erreicht. Der stärkste Anstieg bei der Zahl der Erwerbstätigen ist im Dienstleistungssektor zu finden. Die Zahl der Selbstständigen sank dagegen um 1,7%. **(Quelle: Destatis)**

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

**Bildnachweis:**  
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.